

# Antrag auf Auszahlung eines Beitrages für Maßnahmen im Bereich der Abhängigkeiten

im Sinne des Landesgesetzes vom 18. Mai 2006, Nr. 3

Autonome Provinz Bozen – Südtirol  
Abteilung 23 – Gesundheit  
Amt für Gesundheitsbetreuung  
Kanonikus-Michael-Gamper-Straße 1  
39100 Bozen

Tel.: 0471 418070

E-Mail: gesundheitsbetreuung@provinz.bz.it

PEC: gesundheitsbetreuung.assistenzasanitaria@pec.prov.bz.it

## Der Antragsteller / die Antragstellerin

Familiennamen ..... Vorname .....

Steuernummer

Gesetzliche(r) Vertreter(in) des/der Unternehmens/Verbandes/Genossenschaft

mit Rechtssitz in PLZ  Ort ..... Provinz

Straße/Platz ..... Nr. ....

MWSt. Nr.  Steuernummer

Tel./Mobiltelefon ..... E-Mail .....

IBAN des Begünstigten

IBAN

### ersucht

um Auszahlung des Beitrages im Sinne des obgenannten Landesgesetzes für das Jahr **2019**,  
welcher mit Dekret der Abteilungsdirektorin/des Abteilungsdirektors Nr. .... / ..... gewährt  
wurde, und

### erklärt

unter seiner bzw. ihrer persönlichen Verantwortung und in Kenntnis der strafrechtlichen Folgen  
gemäß Art. 76 des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 28. Dezember 2000, Nr. 445,

- dass sich die Gesamtausgaben für die im obgenannten Jahr durchgeführten  
Tätigkeiten/Initiativen, welche zur Berechnung des Beitrages zugelassen wurden, auf Euro  
..... belaufen;

- dass quittierte Rechnungen und Zahlungsbestätigungen über einen Betrag von Euro ..... als Rechnungslegung für den Beitrag übermittelt werden;
- dass die beigelegte Ausgabedokumentation den geltenden Gesetzesbestimmungen entspricht, quittiert und auf den Namen der Vereinigung/Einrichtung ausgestellt ist und jenen Ausgaben entspricht, welche zur Berechnung des Beitrages zugelassen wurden;
- dass die Ausgaben keine nachträglichen Kürzungen erfahren haben, die nicht mitgeteilt worden sind (zum Beispiel durch Gutschriften);
- dass die im Rahmen des Beitragsgesuches gemachten Angaben hinsichtlich der Mehrwertsteuerposition (MwSt.) keine Änderungen erfahren haben;
- dass die während des Bezugsjahres selbst erzielten Einkünfte nicht höher waren als jene, die im Beitragsansuchen von der Vereinigung/Einrichtung veranschlagt wurden.

**PEC Adresse:**

Ich wünsche, dass die Mitteilungen bezüglich meines Antrages ausschließlich über zertifizierte elektronische Post (PEC) erfolgen.

PEC-Adresse: .....

			.				.				
--	--	--	---	--	--	--	---	--	--	--	--

Datum

.....

digitale Unterschrift  
des(r) gesetzlichen Vertreters(in)

**Anlagen:**

- Aufstellung der Ausgabenbelege
- Spesenbelege (quittierte Rechnungen, Quittungen, sonstige Zahlungsnachweise oder Buchhaltungsunterlagen mit vergleichbarer Beweiskraft) im Ausmaß des gewährten Beitrages

**Information gemäß Art. 13 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016**

**Rechtsinhaber für die Datenverarbeitung:** Rechtsinhaber für die Datenverarbeitung ist die Autonome Provinz Bozen, Silvius-Magnago-Platz Nr. 4, Landhaus 3a, 39100, Bozen, E-Mail: [generaldirektion@provinz.bz.it](mailto:generaldirektion@provinz.bz.it); PEC: [generaldirektion.direzionesgenerale@pec.prov.bz.it](mailto:generaldirektion.direzionesgenerale@pec.prov.bz.it).

**Datenschutzbeauftragte (DSB):** Die Kontaktdaten der DSB der Autonomen Provinz Bozen sind folgende: Autonome Provinz Bozen, Landhaus 1, Organisationsamt, Silvius-Magnago-Platz Nr. 1, 39100 Bozen; E-Mail: [dsb@provinz.bz.it](mailto:dsb@provinz.bz.it); PEC: [rpd\\_dsb@pec.prov.bz.it](mailto:rpd_dsb@pec.prov.bz.it).

**Zwecke der Verarbeitung:** Die übermittelten Daten werden vom dazu befugten Landespersonal, auch in elektronischer Form, für institutionelle Zwecke in Zusammenhang mit dem Verwaltungsverfahren verarbeitet, zu dessen Abwicklung sie im Sinne von Landesgesetz vom 18. Mai 2006, Nr. 3 angegeben wurden. Die mit der Verarbeitung betraute Person ist der Direktor / der Direktorin pro tempore des Amtes für Gesundheitsbetreuung der Abteilung Gesundheit an seinem Dienstsitz. Die Mitteilung der Daten ist unerlässlich, damit die beantragten Verwaltungsaufgaben erledigt werden können. Wird die Bereitstellung der Daten verweigert, können die eingegangenen Anträge und Anfragen nicht bearbeitet werden.

**Mitteilung und Datenempfänger:** Die Daten werden keinen anderen öffentlichen und/oder privaten Rechtsträgern mitgeteilt werden.

**Datenübermittlungen:** Es werden keine personenbezogenen Daten an Drittländer außerhalb der EU übermittelt.

**Verbreitung:** Ist die Verbreitung der Daten unerlässlich, um bestimmte von der geltenden Rechtsordnung vorgesehene Veröffentlichungspflichten zu erfüllen, bleiben die von gesetzlichen Bestimmungen vorgesehenen Garantien zum Schutz der personenbezogenen Daten der betroffenen Person unberührt.

**Dauer:** Die Daten werden so lange gespeichert, als sie zur Erfüllung der in den Bereichen Abgaben, Buchhaltung und Verwaltung geltenden rechtlichen Verpflichtungen benötigt werden.

**Automatisierte Entscheidungsfindung:** Die Verarbeitung der Daten stützt sich nicht auf eine automatisierte Entscheidungsfindung.

**Rechte der betroffenen Person:** Gemäß den geltenden Bestimmungen erhält die betroffene Person auf Antrag jederzeit Zugang zu den sie betreffenden Daten und es steht ihr das Recht auf Berichtigung oder Vervollständigung unrichtiger bzw. unvollständiger Daten zu; sofern die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind, kann sie sich der Verarbeitung widersetzen oder die Löschung der Daten oder die Einschränkung der Verarbeitung verlangen. Im letztgenannten Fall dürfen die personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Einschränkung der Verarbeitung sind, von ihrer Speicherung abgesehen, nur mit Einwilligung der betroffenen Person, zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen des Verantwortlichen, zum Schutz der Rechte Dritter oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses verarbeitet werden. Das entsprechende [Antragsformular](#) steht auf der Webseite des Landes zur Verfügung.

**Rechtsbehelfe:** Erhält die betroffene Person auf ihren Antrag innerhalb von 30 Tagen nach Eingang keine Rückmeldung, kann sie Beschwerde bei der Datenschutzbehörde oder Rekurs bei Gericht einlegen. Diese Frist kann um weitere 60 Tage verlängert werden, wenn dies wegen der Komplexität oder wegen der hohen Anzahl von Anträgen erforderlich ist.

Ich habe Einsicht in die Information über die Verarbeitung der personenbezogenen Daten genommen.

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Datum

.....

digitale Unterschrift  
des(r) gesetzlichen Vertreters(in)